

Eine etwas andere Weihnachtsbotschaft:

Studie zur Armut in Deutschland

Studie: Armut in Deutschland verharrt auf hohem Niveau - Jeder siebte Deutsche ist nach wie vor von Armut bedroht. Zu diesem Ergebnis kommt der neueste Armutsbericht, den der Paritätische Gesamtverband, in dem auch der Sozialverband VdK Mitglied ist, kurz vor Weihnachten am 21. Dezember Berlin vorgestellt hat. Danach hat sich die Armut in Deutschland auf hohem Niveau verfestigt: Seit dem Jahr 2005 verharrt die Armutsquote zwischen 14 und 15 Prozent - unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Zeitraum.

"Rente mit 67" jetzt stoppen

Der Sozialverband VdK Deutschland fordert die Bundesregierung auf, mit der stufenweisen Einführung der "Rente mit 67" nicht bereits im Jahr 2012 zu beginnen.

"Der allgemeine Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt geht an den meisten älteren Arbeitnehmern vorbei. Wenn nur 9,3 Prozent der 64-Jährigen einer Vollzeitbeschäftigung nachkommen, Frauen in dieser Altersgruppe sogar nur zu 5,5 Prozent, dann sind die Voraussetzungen für eine Anhebung der Regelaltersgrenze noch nicht gegeben", betonte Ulrike Mascher, die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland.

Zum Internationalen Tag der Behinderten:

Mehr Ausgleichsabgaben gefordert

Zum Internationalen Tag der Behinderten (3. Dezember) hat der Behindertenrat (DBR) eine schärfere Durchsetzung der Beschäftigungspflicht gefordert. Die Präsidentin des Sozialverbandes VdK Deutschland Ulrike Mascher, die dem Rat turnusmäßig vorsteht, sagte in Berlin: "Es ist ein Skandal, wenn 37.500 der 137.000 beschäftigungspflichtigen Betriebe in Deutschland keinen einzigen Schwerbehinderten beschäftigen". Mascher forderte für die Betriebe eine höhere Ausgleichsabgabe. Der Präsident des Behindertensportverbandes, Friedhelm Julius Beucher, verlangte einen ungehinderten Zugang zu den Sportstätten. Barrierefreiheit müsse flächendeckend verwirklicht werden.

(Anmerkung: Da brauchen wir gar nicht so weit zu gehen. Auch die Thüringer Landesregierung tut sich mit der Erarbeitung des Maßnahmeplanes zur Behindertenrechtskonvention sowie Novellierung des "Thüringer Gesetz zur Gleichstellung und Verbesserung der Integration von Menschen mit Behinderungen" (ThürGIG) und dessen Umsetzung recht schwer!)

In Deutschland leben 9,6 Millionen Menschen mit einer Behinderung. 7,1 Millionen haben eine schwere Behinderung. Die meisten haben diese erst nach der Geburt bekommen.

KANN/Thüringer Allgemeine 03.12.2011



Altersarmut bekämpfen statt Rentenbeitrag senken

Anlässlich des Kabinettsbeschlusses vom 16. November 2011, den Rentenversicherungsbeitrag um 0,3 Prozent abzusenken, erklärte die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, Ulrike Mascher: "Diese minimale Rentenbeitragsenkung wird sich kaum im Geldbeutel der Versicherten bemerkbar machen."

21. September 2011 - Welt-Alzheimerstag:

VdK fordert Pflegestufe für Demenzkranke

Anlässlich des Welt-Alzheimertages am 21. September fordert der Vorsitzende des Sozialverbands VdK Hessen-Thüringen, Udo Schlitt, den Pflegebedürftigkeitsbegriff zu erweitern. "Von den circa 400.000 Menschen, die in Hessen und Thüringen zu Hause gepflegt werden, haben rund 175.000, darunter mehrere Zehntausend Demenzkranke, keine Pflegestufe und erhalten deshalb auch kein Pflegegeld aus der Pflegeversicherung." Ohne Pflegestufe gebe es auch für die pflegenden Angehörigen von Demenzkranken keine Anrechnung von Rentenanwartschaften und keine Entlastungsangebote wie Verhinderungs- und Kurzzeitpflege.

Selbsthilfegruppe Demenz im Kloster Donndorf

Auch in Roßleben gibt es eine Selbsthilfegruppe Angehöriger Demenzkranker – genauer gesagt trifft sie sich regelmäßig an jedem ersten Montag von 16 – 18 Uhr im Monat im Wohnstift Kloster Donndorf. Leiter dieser Selbsthilfegruppe ist unser Verbandsmitglied Klaus Dölgner vom VdK-Ortsverband Donndorf-Wiehe-Bottendorf. Wer Fragen zur Selbsthilfegruppe hat kann sich direkt an Klaus Dölgner (Tel. 034672 / 81189) wenden. Das gilt natürlich nicht nur für VdK-Mitglieder, sondern für alle Betroffenen und Interessenten. Homepage.

Dynamische Rentenanpassung ohne Kürzungsfaktoren



VdK-Präsidentin Ulrike Mascher: "Oberste Priorität beim 'Regierungsdialog Rente muss die Bekämpfung der Altersarmut haben" Anlässlich am 31. August 2011 veröffentlichter Berichte, nach denen das Niveau der gesetzlichen Rente bis zum Jahr 2025 um 10 Prozent sinken wird, forderte Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, die Bundesregierung auf, die drohende Altersarmut in

Deutschland zu bekämpfen. Dies müsse beim bevorstehenden "Regierungsdialog Rente" ganz nach oben auf die Tagesordnung.

Arbeitsmarktpolitik für alle: Jetzt mitmachen!

Der Paritätische Gesamtverband, in dem auch der Sozialverband VdK Mitglied ist, hat bereits Mitte Juli den Aufruf "Arbeitsmarktpolitik für alle!" gestartet, an dem sich jeder Bürger mit seiner Stimme beteiligen kann. VdK-Präsidentin Ulrike Mascher gehört zu den Erstunterzeichnern des Aufrufes.

Die Unterzeichner fordern eine massive arbeitsmarktpolitische Kurskorrektur.

Bahnreisen für schwerbehinderte Menschen leichter

Der September rückt näher. Deshalb nutzen wir die Gelegenheit, Sie noch einmal auf folgende Neuregelung aufmerksam zu machen:

Ab 1. September 2011 gibt es für 1,4 Millionen freifahrtberechtigte schwerbehinderte Menschen Erleichterungen im Bahnverkehr. Die Bundesregierung hat angekündigt, für diesen Personenkreis eine bundesweite Freifahrtberechtigung im Nahverkehr einzuführen. Die bisher geltende 50-km-Begrenzung soll wegfallen.

Sozialverbände dringen auf Pflegereform

In der Debatte um die Pflegereform haben Sozialverbände der Bundesregierung Untätigkeit vorgeworfen. Gesundheitsminister Bahr wurde aufgefordert, endlich gesetzliche Initiativen zur Verbesserung der Pflege in Deutschland auf den Weg zu bringen.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband warf Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) nach Informationen der "Neuen Osnabrücker Zeitung" ein "Handlungsdefizit" bei der Pflege vor. "Wir haben sieben Monate bei der Lösung dringender Probleme verloren", zitierte das Blatt aus einem Schreiben von Verbandschef Dr. Eberhard Jüttner (unser Foto) an den Minister. Darin forderte er Bahr auf, endlich gesetzliche Initiativen zur Verbesserung der Pflege in Deutschland auf den Weg zu bringen.

Betroffen seien hunderttausende pflegende Angehörige und rund 900.000 Beschäftigte in der Branche, schreibt Jüttner weiter. Die Pflegeeinrichtungen würden unter zunehmendem Kosten- und Leistungsdruck an die Grenze ihrer Belastbarkeit gebracht. "Schon jetzt fehlt es in vielen Regionen Deutschlands an Fachkräften und Nachwuchs", so Jüttner.

Auch der Sozialverband VdK drängt auf den Start der Pflegereform. "Wir dürfen Demenzkranke nicht länger vertrösten", erklärte VdK-Präsidentin Ulrike Mascher in Berlin. Bahrs Amtsvorgänger, der heutige Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), habe binnen Jahresfrist "Verbesserungen fest versprochen".

15.07/AFP



Vom 2. Nordhäuser Sommerfest der Senioren

Heitere Stimmung trotz dunklen Himmels

Das gemeinsame Sommerfest der Sozialverbände haben in diesem Jahr zum zweiten Mal der Sozialverband VdK, die Volkssolidarität, der Sozialverband Deutschland und die Seniorenvertretung der Stadt Nordhausen organisiert. Neu: Die Senioren aus dem ganzen Kreis Nordhausen waren eingeladen. Rund 200 ältere Menschen sind in das Festzelt auf dem Petersberg gekommen. Darunter waren auch unser Kreisvorsitzender Bernd Reiber und sein Stellvertreter Dietmar Buchardt sowie Vertreter der Ortsverbände Nordhausen, Ilfeld und Bleicherode. Das Team um Volkmar Pischel von der Seniorenvertretung der Stadt Nordhausen hat gute Arbeit geleistet. Er begrüßte die Teilnehmer zu diesem 2. Sommerfest recht herzlich und bedankte sich zugleich bei jenen, welche das Fest durch Spenden und sonstige Unterstützung möglich gemacht hatten.

Landrat Joachim Claus (CDU) und Bürgermeister Matthias Jendricke hatten es sich nicht nehmen lassen, selbst vorbei zu kommen und einige Grußworte an die Senioren zu richten. Dann ging es auch bereits los mit Kaffee und Kuchen. Zwischenzeitlich konnte man sich an Ständen über das Reiseangebot der Volkssolidarität sowie ein Projekt des Fachbereiches Jugend und Soziales des Landratesamtes "Würdevoll Altern trotz Demenz gemeinsam ermöglichen" informieren. Über das Projekt werden wir zu gegebener Zeit noch ausführlicher berichten.

Ausgewählte Beiträge „Aktuelles“ II. Halbjahr 2011



Herzerfrischend die Tanzgruppe des LV Altstadt mit ihren Tänzen.



Blick auf einige unserer Teilnehmer.

Die Rente hinkt Inflation hinterher

Ruheständler spüren die geringen Steigerungen der vergangenen Jahre in ihren Geldbörsen und verlieren an Kaufkraft. Die jährliche Anpassung der Bezüge richtet sich nach der Entwicklung der Löhne. Die Rentner haben immer weniger Geld im Portemonnaie. Allein zwischen 2001 bis 2010 stiegen die Preise um durchschnittlich 1,3 Prozent jährlich. Im gleichen Zeitraum wurden hingegen die gesetzlichen Altersbezüge um 0,82 Prozent pro Jahr erhöht, bestätigte das Bundesarbeitsministerium auf eine Anfrage der Linke.



Berücksichtigt man die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, beträgt das Plus lediglich 0,56 Prozent jährlich.

Über 500.000 Thüringer hatten bis Ende 2009 das durchschnittliche Rentenalter von 65 Jahren überschritten - das sind 23 Prozent der Landesbevölkerung. Im Durchschnitt erhielten die Männer im vergangenen Jahr im Freistaat eine Altersrente von 1011 Euro und schnitten damit noch deutlich besser ab als die Frauen mit durchschnittlich 887 Euro.

Die Inflationsrate liegt jedoch derzeit bei 2,3 Prozent. Somit können die Rentner trotz minimaler Erhöhung deutlich weniger für ihr Geld kaufen. Aktuellen Berechnungen zufolge ist der reale Wert der Renten in Deutschland innerhalb der vergangenen zehn Jahre um insgesamt sieben Prozent zurückgegangen.

Angesichts der bedenklichen Zahlen forderte der Thüringer Gewerkschaftsbund eine Neuausrichtung des Rentensystems. "Es kann nicht sein, dass die Menschen ein Leben lang arbeiten, um danach in die Altersarmut zu rutschen", kritisierte die DGB-Landesvorsitzende Renate Licht. In diesem Zusammenhang verwies sie erneut darauf, dass die Rentner im Osten erst sehr viel später in eine zusätzliche Altersvorsorge investieren konnten. Hohe Arbeitslosigkeit und niedriger Lohn nach der Wende würden sich ebenfalls dramatisch bemerkbar machen. "Hinzu kommt, dass die Rente mit 67 Jahren unterm Strich eine weitere Kürzung der Bezüge bedeutet, da nur die wenigsten Menschen bis zu diesem Alter arbeiten können", erklärte Licht weiter. Die häufig geforderte Einführung eines Mindestlohnes würde zumindest das Beitragsniveau für die gesetzliche Rentenversicherung stabilisieren, so Licht. Auch Armutsforscher Professor Christoph Butterwegge erwartet, dass immer mehr Ruheständler in finanzielle Not geraten werden. "Die Rentner sind von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt", kritisierte er.

Deshalb forderte der Kölner Politikwissenschaftler, dass für die Finanzierung der Altersrenten verstärkt jene herangezogen werden, die über ein hohes Einkommen oder Vermögen verfügen. "Es wäre ein richtiger Schritt, Millionäre und Milliardäre in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen zu lassen", erklärte er. Demnach sind auch immer mehr alte und kranke Menschen auf staatliche Sozialleistungen angewiesen.

Doch nicht nur die Einkommen der Rentner, die sich an der Entwicklung der Löhne orientieren, gingen deutlich zurück. Auch Arbeitnehmer können immer weniger ausgeben. Siebenmal, 2001 sowie von 2004 bis 2009, mussten sie in den vergangenen zehn Jahren Reallohnverluste hinnehmen.

Peter Rathay / 06.07.11 / TA